

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 07.06.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Vorsitzende Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	bis 18.30 Uhr anwesend
Frau Heike Wießner	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	bis 18.50 Uhr anwesend
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 18.05 Uhr anwesend
Frau Katja Raab	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Frau Kerstin Masur		
Frau Antje Klotsch		
Frau Beate Gellert		bis 18.00 Uhr anwesend

Beratende Mitglieder

Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Frau Katharina Brederlow	Amtsleiterin	
Herr Mirko Petrick	Kinder- und Jugendbeauftragter	
Frau Renate Leonhard	Katholisches Propsteipfarramt	
Herr Rene Moses	Humanist. RV	
Herr Dr. Hendrik Kluge	Evangelischer Kirchenkreis	
Frau Tatjana Privorozkaja	Jüdische Gemeinde zu Halle	
Frau Janice Windisch	Kinder- und Jugendrat	bis 18.35 Uhr anwesend
Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat	bis 18.30 Uhr anwesend
Herr KR Ralf Berger	Polizei Halle	bis 18.30 Uhr anwesend

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Brock BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stimmberechtigte Mitglieder (Freie Träger)

Frau Helga Schubert	Vertretung ebenfalls entschuldigt
Herr Leonhard Dölle	
Herr Uwe Kramer	

Beratende Mitglieder

Frau Carmen Wiebach	
Frau Carola Messerschmidt	
Herr Richter Bruno Glomski	
Frau Petra Schneutzer	Verwaltung
Frau Susanne Wildner	Verwaltung

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde. Es gab keine Fragen bzw. Erklärungen. Die Sprechstunde wurde demzufolge sofort wieder beendet.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, erklärte, dass der TOP 7 der Tagesordnung in den TOP 6.1. geändert werden muss, da es sich ja um einen Antrag handelt und diese unter TOP 6 mit den jeweiligen Unterpunkten behandelt werden. Es handelt sich um einen Schreibfehler bei der Erstellung der Einladung. Dadurch verändern sich alle folgenden Tagesordnungspunkte, sie rücken um einen Punkt nach unten.

Es gab keinen Widerspruch und die geänderte Tagesordnung wurde ohne förmliche Abstimmung bestätigt.

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 03.05.2012
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Halle (Saale) auf dem Weg zur Kinderfreundlichen Kommune
Vorlage: V/2012/10543
- 5.2. Schließung des Cliquentreffs in Halle-Neustadt und Weiternutzung des Gebäudes
Vorlage: V/2012/10677
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Nutzung von Freitischen

Vorlage: V/2012/10615

7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1. Bericht des Kinder- und Jugendrates
 - 8.2. Abschlussbericht "Schnelle Logistik grenzenlos"
Berichterstattung: Herr Rochau, Stabsstelle Wissenschaft und Arbeit
 - 8.3. Vorstellung von Arbeitsprozessen und -ergebnissen des Lokalen Netzwerkes Kinderschutz der Stadt Halle (Saale)
und der Bundeskinderschutzstatistik 2012 des Amtes für Kinder, Jugend und Familie am Beispielmonat März 2012
Berichterstattung: Frau Hesselbach, Amt für Kinder, Jugend und Familie
9. Themenspeicher
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 03.05.2012

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, ergänzte, dass auf Seite 7 eine Ergänzung vorgenommen werden muss: „Die Krankenkassen sollen sich an der Finanzierung beteiligen.“

Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses, öffentlicher Teil, vom 3.5.2012 wurde ohne förmliche Abstimmung genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, gab bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.04.2012 beschlossen worden ist:

- a) Anerkennung als Freier Träger der Jugendhilfe für den Verein „Schutzengel e.V.“, Zustimmung für Mittelvergabe und
- b) Ablehnung des Antrags des Trägers Kinder- und Jugendhaus e.V. zur Umwidmung einer 0,5 VZS aus der LB II in die LB X.
- c) Die Gesamtförderung des Trägers Kinder- und Jugendhaus e.V. für die bisher bewilligten Anträge aus der o.g. Beschlussvorlage in Höhe von 133.649 EUR.
- d) Zustimmung zu der Übertragung der in der Anlage beigefügten Maßnahmen an die Volkssolidarität Querfurt-Merseburg zu.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, gab bekannt, dass im nichtöffentlichen Jugendhilfeausschuss am 3.5.2012 zur Vorlage V/2012/10576 beschlossen worden ist, dass der Text des Beschlusses geändert wird :*Der Jugendhilfeausschuss beschließt unter dem Vorbehalt des Stadtratsbeschlusses zum Haushalt der Stadt Halle (Saale) 2012 die*

Förderung der Leistungen gemäß der geänderten Anlage I.. Ebenso hat der Jugendhilfeausschuss am 3.5.2012 beschlossen, die Beschlussvorlage mit dem Beschlusspunkt 2 in der Ausschusssitzung am heutigen 7.6. erneut vorzulegen.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, gab bekannt, dass der nichtöffentliche Jugendhilfeausschuss am 3.5.2012 der Übertragung der in der Anlage dargestellten Maßnahme an die St. Johannis GmbH - gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienstleistungen zugestimmt hat.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Halle (Saale) auf dem Weg zur Kinderfreundlichen Kommune Vorlage: V/2012/10543

Frau Brederlow, Amtsleiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, gab eine kurze Einführung in die Beschlussvorlage, berichtete davon, dass die Beschlussvorlage im Ergebnis einer Anfrage an die Stadt Halle (mit der Bitte, dem Hinweise, sich zu bewerben) entstanden sei. Sie bat den Kinder- und Jugendbeauftragten der Stadt Halle um eine weiterführende Stellungnahme.

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, erklärte, dass es sich bei dieser Beschlussvorlage um eine Grundsatzentscheidung handele, an die sich dann, im Falle einer Annahme durch den Stadtrat, weitere Beschlussvorlagen anschließen würden und es dann auch weiterer finanzieller Mittel bedarf.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, wies daraufhin, dass mit den Geschäftsführern von UNICEF und dem Deutschen Kinderhilfswerk besprochen worden ist, dass Halle bereits viel macht (Kinderschutz). Halle hat aber auch die Erfahrung gemacht, dass bezüglich der Imagepflege die Stadt Halle Nachholbedarf hat und hier etwas für die Imagepflege tun kann. Es ist eine gute Chance für eine Imageverbesserung. Dies umso mehr, als eben Halle neben Eberswalde als einzige Stadt im Osten gefragt worden ist. Und dies deshalb, weil Halle netzwerkbezogen bereits gute Arbeit geleistet hat.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, war zwar nicht dagegen, hatte aber an solchen Etiketten ihre Zweifel und fragte nach der Haushaltsstelle, danach, was das Projekt bringt und welchen „Mehrwert“ es bringt und, ob diese Ziele auch OHNE das angestrebte „Siegel Kinderfreundlichkeit“ erreicht werden können.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Frage, was es bringt, eine typisch hallesche Frage sei. In keiner anderen Stadt stelle man solche Fragen, sondern man fände es hervorragend, überhaupt gefragt zu werden. Halle sollte eigentlich stolz sein von solch großen Organisationen von internationaler Bedeutung gefragt worden zu sein.

Frau Brederlow, Amtsleiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, antwortete, dass die 16 T€ im Jahr 2012 aus den Produkt „Jugendarbeit“ kommen. Die derzeitige Antragslage gestattet dieses Vorgehen. Für 2013 würde es im Haushalt speziell ausgewiesen werden.

Frau Haupt, Die LINKE., war zwar dafür, wollte aber das Recht auf kritische Fragen haben. Sie fragte jedoch auch danach, was es „uns gibt“ und das würde konkret auch bedeuten, dass Verwaltung und Stadtrat auch unter diesem Gesichtspunkt gemeinsam die finanziellen Ausstattungen der Vereine und Einrichtungen prüfen.

Frau Brederlow, Amtsleiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, erklärte, dass genau dies ein Fingerzeig auf die Gemeinsamkeit von Stadtrat und Verwaltung in dieser Arbeit sei. Das lässt kritische Fragen nach bisherigen Abläufen durchaus zu, fordert sogar geradezu eine kritische, gemeinsame Auseinandersetzung damit und ggf. auch gemeinsam zu erreichende Änderungen. Dies würde auch für Verwaltung ein hoher Anspruch sein.

Frau Haupt, Die LINKE., fragte, ob das Siegel wieder aberkannt werden könne.

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, antwortete, dass nach zwei Jahren eine Prüfung erfolgen würde und durchaus auch eine Aberkennung denkbar ist.

Frau Raab, FDP, war mit den Erklärungen des Beigeordneten nicht zufrieden. Wenn es um Imagepflege gehe, gehöre die Mittelbereitstellung nicht in den Jugendhilfeausschuss, weil nicht aus Mitteln der Jugendhilfe bereitzustellen. Wenn es aber um die Jugendarbeit gehe und nicht um die Imagepflege, dann muss man festhalten, dass wir diese Arbeit ja bereits leisten und die 4 mal 16 T€ besser für Vereine oder Spielplatzreparaturen geben könne.

Herr Paulsen, Bündnis 90/Die GRÜNEN, sprach sich dafür aus, dass die Stadt Halle als Gemeinwesen dieses Projekt auch als Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeit für Kinder der Stadt verstehen solle und könne. Das Ergebnis wäre aber, neben dem „Siegel“, dass die Kinder einbezogen worden seien.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte noch einmal, dass es wichtig, entscheidend sei, wie uns die Anderen sehen. Leipzig, Dresden, Chemnitz haben beispielsweise diese Strukturen, wie sie Halle aufweist, bisher nicht schaffen können.

Herr Hopfgarten, SPD, erklärte, dass er grundsätzlich für eine „kinderfreundliche Kommune“ sei, sich aber frage, ob wir dafür ein „Siegel“ brauchen, welches wir zudem noch bezahlen müssten. Die Aufgaben des Amtes für Kinder, Jugend und Familie seien aber groß genug, deswegen sei es sicher kritisch zu prüfen, ob man diese, eigentlich neue und freiwillige Leistung deswegen auch aus finanziellen Abwägungen, gar nicht leisten könne. Als Stadt müsse man sich diese Fragen verantwortungsvoll stellen. Die Zahlung an den Verein, der das Siegel vergibt, könne besser für Projekte für die Kinder der Stadt Halle verwendet werden. Er fragte nach der Alternative und benannte sie als „kinderfreundliche Behandlung“ durch die Stadtverwaltung.

Frau Brederlow, Amtsleiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, verdeutlichte, dass es hier nicht allein um die Stadtverwaltung geht, also um das Jugendamt. Wenn der Stadtrat dies nur auf das Jugendamt delegiere, dann würde das Amt für Kinder, Jugend und Familie diese Aufgabe allein nicht realisieren können.

Also, würde der Stadtrat dies ablehnen, so könne das Jugendamt nicht allein das Siegel erwerben.

Herr Trömel, Die Linke., lehnte das Projekt nicht ab, weil in der Stadt Halle eigentlich eine Notwendigkeit dafür bestehe. Wenn aber der Stadtrat das beschließt, so solle die Finanzierung nicht aus dem Mitteln des Amtes für Kinder, Jugend und Familie bereitgestellt werden, sondern eher aus den Mitteln der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters. Damit solle verhindert werden, dass bei künftigen Einsparungsmaßnahmen dem Amt für Kinder, Jugend und Familie hier die Mittel gestrichen werden würden.

Herr Schachtschneider, CDU, sah das Problem darin, dass wir einen zu gründenden Verein mit 64 T€ finanzieren, obwohl wir finanziellen Bedarf für andere Projekte haben.

Er sehe es so, dass Vereine und bereits gut laufende Projekt lieber weiter vorgehalten werden, anstatt neue Projekte zu beginnen.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, fand die Erklärungen des Beigeordneten als unzureichend. Sie wundere sich, dass plötzlich Mittel „übrig“ seien und

frage sich nach der Notwendigkeit einer „wissenschaftlichen Begleitung“. Wenn wir aus anderen Verbänden austreten frage sie sich, warum wir dann in einen neuen Verein eintreten wollen. Wenn die „Stadt“ das wolle, solle die „Stadt“ auch bezahlen, aber nicht aus den Mitteln der Jugendarbeit.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger)., erklärte, dass sie durchaus stolz auf Halle sei. Wenn mit dem Projekt verbunden wäre, dass für die künftigen Jahre eine Stabilität in der Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit (vor allem auch im präventiven Bereich) erreicht werden würde, dann wäre sie dafür. Sie frage sich aber, ob wir als Stadt die Prüfung tatsächlich auch bestehen würde, da gegenwärtig ja viele Angebote reduziert werden (insbesondere bezüglich §11-13, SGB VIII). Auf jeden Fall kann der Betrag aber nicht aus dem Mitteln der Jugendarbeit bereit gestellt werden. Als „Bestandsaufnahme“ und als „Blick in die Zukunft“ sehe sie das Projekt dennoch und wäre, vor dem Hintergrund der bereits geäußerten Fragen dafür.

Frau Raab, FDP, glaubte nicht, dass mit dem Projekt die von Frau Gellert erhoffte Stabilität zu erwarten sei. Wenn das Projekt nicht extern erstellt, begleitet und vergeben werden wird, sondern als „Selbstverpflichtung der Stadt Halle“, dann wäre sie dafür, aber eben nur aus eigenen Kräften und nicht Dritte finanzierend. Ein Siegel „kinderfreundlich“ kann sich die Stadt Halle auch selber und allein geben, da diese nicht geschützt ist und wenn nur sieben Städte dieses Siegel bekommen werden, sei das Siegel auch so wenig bekannt, dass es wenig Imagewert haben wird.

Frau Brederlow, Amtsleiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, erklärte, dass eine eigene bzw. eigenständige Vergabe eines solchen Siegels außerhalb der Stadt Halle weniger Bedeutung haben wird, als wenn dies durch Dritte geschehen würde.

Frau Klotsch, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), erklärte, dass sie durchaus skeptisch sei, weil in der Stadt Halle in den vergangenen Jahren mit Evaluation durch Dritte zu inflationär umgegangen worden sei. Wenn wir unsere Arbeit, die bisher getan wird, hinterfragen, müsse man sich fragen, ob ein solches Siegel denn auch so wahr genommen werden würde. Auch frage sie sich, was die Kinder eigentlich zu solchem Projekt sagen würden. Sie würde also mit den Mitteln lieber die qualitative Jugendarbeit verbessern helfen und nicht an Dritte geben. Dem Argument, dass die Mittel aus anderen Bereichen kommen sollen, könne sie sich nicht anschließen, da es immer noch das Geld der Stadt insgesamt sei.

Herr Hopfgarten, SPD, verdeutlichte, dass er durchaus für eine gemeinsame Aktion Stadtverwaltung und Jugendamt sei. Die Finanzierung erfolge jedoch rein verwaltungstechnisch über das Amt für Kinder, Jugend und Familie.

Frau Pohl, Stadtelternbeirat, erklärte, dass sie sich zwar insgesamt nicht kompetent für eine Stellungnahme fühle. Andererseits sehe sie in einem Siegel, durch UNICEF erteilt, durchaus eine gewisse Bedeutung. Auch sei die Botschaft an die Bevölkerung, „der Stadtrat ist gegen eine kinderfreundliche Kommune“ eher verheerend.

Herr Paulsen, Bündnis 90/Die GRÜNEN, erklärte, dass die Stadt Halle aus keinem Verband ausgetreten ist. Er sei schon dafür, dass die Stadt Halle durch das Projekt und damit durch UNICEF eine begleitende Hilfe für die Jugendarbeit der Zukunft erhalten könne. Auch als Hilfe für die Gestaltung der Jugendarbeit in der Zukunft und der Finanzierung dieser Arbeit. Hinsichtlich der Bedeutung eines solchen Siegels könne man eigentlich von der Wirtschaft lernen, wo solche Siegel durchaus Bedeutung haben.

Herr Petrick, Kinder- und Jugendbeauftragter, gab noch einmal eine Erklärung zum Umfang der Aufgaben und der Bausteine des Projekts. Ein Projekt, nur aus der Stadt Halle generiert, würde sehr wahrscheinlich nicht zu einer nachhaltigen Arbeit für die Erreichung der „Kinderfreundlichkeit“ führen, weil unverbindlich, denn es könne intern jederzeit wieder beendet werden.

Abstimmungsergebnis:

7 x Ja-Stimmen, 3 x Nein-Stimmen, 2 x Enthaltung

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat unterstützt die Absichtserklärung der Stadtverwaltung, dass die Stadt Halle (Saale) sich beim Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ als Pilotkommune beteiligen und um das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ bewerben wird.
2. Die Stadtverwaltung trifft im Rahmen der bisher bekannten Rahmenbedingungen des Projektes „**Kinderfreundliche Kommune**“ alle notwendigen Vorbereitungen, um die Beteiligung der Stadt Halle (Saale) als Pilotkommune zu ermöglichen.
3. Die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept bzw. einen Aktionsplan zur Umsetzung des Projektes in der Stadt Halle (Saale) und bindet die Federführung koordinierend beim Kinder- und Jugendbeauftragten an.

zu 5.2 Schließung des Cliquentreffs in Halle-Neustadt und Weiternutzung des Gebäudes

Vorlage: V/2012/10677

Frau Brederlow, Amtsleiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, erklärte, dass Mittel aus URBAN21 für eine Umwidmung beantragt seien.

Frau Haupt, Die LINKE., lehnte die Beschlussvorlage ab, weil wieder eine Einrichtung geschlossen werden solle. Man brauche die Einrichtungen aber für die präventive Arbeit. Sie würde auch gern getrennt abstimmen, einmal zur Schließung und zum anderen zur Weiternutzung.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), schloss sich den Ausführungen von Frau Ute Haupt an. Nach den Schließungen im Jahr 2011 und den Mittelkürzungen frage sie sich, welchen Weg wir als Stadt denn gehen wollen und auf diese Weise ganz sicher keine „kinderfreundliche Kommune“ am Ende stehen werde. Sie bat um Augenmaß und darum, dass nicht offene Angebote „platt“ gemacht werden solle.

Herr Paulsen, Bündnis 90/Die GRÜNEN, sah es nicht so, dass eine Alternativlosigkeit vorliegen würde. Er bedaure auch die anstehende Entscheidung, aber diese sei von der Verwaltung herbeigeführt worden. Er bat die Verwaltung darum, dass Angaben für Alternativen zur Schließung des Cliquentreffs gemacht werden. Wo also können sich die Cliques künftig treffen.

Frau Brederlow, Amtsleiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, erläuterte, dass im „Roxy“ vor allem Kinder betreut würden und auch die Kapazitäten eher begrenzt seien. Im „Dornröschen“ könnten –vor allem aus personellen Gründen- nicht alle Jugendlichen aufgefangen werden.

Herr Paulsen, Bündnis 90/Die GRÜNEN erklärte daraufhin, dass die Darstellung der Verwaltung dann eher zu positiv sei.

Frau Brederlow, Amtsleiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, konnte dem nicht zustimmen, da die Entscheidungen auf der Basis der Sozialraumplanung entstanden

seien. Sie stimmte aber zu, dass die Alternativen nicht alle Angebote, die nun wegfallen, ersetzen können.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, machte deutlich, dass mit dem Beschluss zum Haushalt 2012 ja die Schließung eigentlich bereits beschlossen sei.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, erklärte, dass es deswegen ein Nachbeschluss zum Haushalt sei.

Abstimmungsergebnis:

8 x Ja-Stimmen, 3 x Nein-Stimmen, 1 x Enthaltung

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass der Cliquentreff „Schnatterinchen“ in Halle-Neustadt zum 01. Juli 2012 geschlossen wird.
2. Das Gebäude soll zur weiteren Nutzung vorrangig für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Nutzung von Freitischen Vorlage: V/2012/10615

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, erläuterte kurz das Anliegen.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, verwies auf die Tischinformation.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), fragte, wer denn davon betroffen sein solle.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, erklärte, dass die Verwaltung dies entscheiden muss, auch jeweils zeitnah. Es gehe nicht um Kinder, die bereits über BuT¹ versorgt werden.

Herr Paulsen, Bündnis 90/Die GRÜNEN erklärte, dass wichtig sei, dass z.B. eine Schulleitung weiß, dass es Freitische gibt und direkt aktiv werden kann, damit die Notlage eines Kindes gelindert werden kann.

Frau Raab, FDP, sah Probleme darin, dass die Verwaltung mit der Bearbeitung solcher Fälle beauftragt werde, obwohl dies bereits gesetzlich geregelt sei. Eine Vorschrift sei aus ihrer Sicht nicht notwendig.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, versuchte konkrete Notsituationen aufzuzeigen. Er verwies auf das Erziehungsrecht, das bei den Eltern liege. Mit Verwaltung sei also eigentlich die Schulverwaltung des Landes gemeint. Die Stadt Halle kann per Verwaltungsvorschrift hier nicht eingreifen. In Notfällen wird der

¹ Bildung- und Teilhabe

ASD ohnehin tätig. Bei nur einem Fall im Jahr 2011 ist auch quantitativ kein Handlungsbedarf gegeben.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, wollte diese nur als eine Art Soforthilfe für die Kinder verstanden wissen und meint, dass es viele Fälle geben würde. Man solle sich bei den Hortnerinnen erkundigen.

Herr Paulsen, Bündnis 90/Die GRÜNEN, sah sich irritiert, warum BuT ins Gespräch gebracht wird. Auch deswegen, weil die Verwaltung sich im Bildungsausschuss für die geänderte Fassung ausgesprochen hatte.

Frau Pohl, Stadelternbeirat, fragte, für welchen Fall das denn schädlich wäre?

Frau Raab, FDP, erklärte, dass es nicht darum gehe, Kinder, die ohne ausreichendes Essen in die Schule kommen, mit Verpflegung zu versorgen. Es gehe darum, schnell Kindern zu helfen, bis dann die zuständigen Ämter tätig werden können. Allerdings würde man nur fordern, dass die Stadt ein Gesetz einhält – das müsse sie sowieso tun. Dazu brauche es eigentlich keine Vorlage und keine Verwaltungsvorschrift.

Herr Hopfgarten, SPD, erklärte, dass es in der Praxis dennoch so sei, dass Eltern nicht ihrer Versorgungspflicht nachkommen. Auch wenn es wenige Fälle seien, so kommt es doch vor. Für solche Fälle muss jemand verantwortlich sein, das zu melden. Und das kann nicht das Jugendamt sein, das muss die Schule tun.

Herr Schachtschneider, CDU, erklärte, dass das Schulverwaltungsamt durchaus das Gesetz kennen würde. Hier gehe es auch nur um einen einzigen Fall und das Jugendamt hat den Fall sogar kontrolliert. Er könne nicht den Sinn einer solchen Verwaltungsvorschrift erkennen, auch nicht, wie das praktisch umgesetzt werden soll.

Frau Klotsch, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), erklärte, dass die wenigsten Kinder, die Hunger haben, von unserem Gesellschaftssystem erfasst sind. Die Kinder können nichts dafür. Wenn ein Kind hungert, dann ist eine gedeihliche Entwicklung nicht mehr gewährleistet. Sie sieht die Vorlage deswegen auch dahingehend, dass hier eine Art „Frühwarnsystem“ geschaffen wird, damit das Jugendamt zeitnah eingeschaltet werden kann. Sogar, wenn die Kinder aus falschem Scham, dies gar nicht wollen würden. Sie sei also für den Antrag, da damit vor allem auch eine Öffentlichkeitsarbeit betrieben werde.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, erklärte, dass der bewusste eine Fall zwar bekannt geworden sei, aber man ja nicht wisse, wie viele Fälle es wirklich gegeben habe.

Frau Dr. Radig, Stadtverwaltung, Amt 40, machte deutlich, dass, wenn Kosten anfallen, diese die Stadt Halle zu tragen haben werde. Ein anderer Kostenträger sei ja gar nicht vorhanden. Die Schulverwaltung braucht einen solchen Antrag nicht, um tätig zu werden. Allerdings sei eine Handlungsempfehlung auch nicht schädlich. In der derzeitigen Form sei der Antrag also kein Problem.

Frau Brederlow, Amtsleiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, erklärte, dass das Jugendamt auf jeden Fall nicht außen vor sei, da hier im Falle der Kindeswohlgefährdung das Amt immer tätig sein wird. Die angestoßene Diskussion begrüße sie aber ausdrücklich und damit auch die Sensibilisierung der Netzwerke. Auch sie sieht den Antrag nicht als schädlich, eher als überflüssig.

Herr Paulsen, Bündnis 90/Die GRÜNEN, machte noch einmal deutlich, dass es nicht um eine Verwaltungsvorschrift gehe, sondern nur um Informationen, da nach seiner Kenntnis auch Schulleiter nichts von den Freitischen wissen würden.

Frau Gellert, stimmberechtigtes Mitglied (Freie Träger), verwies noch einmal auf die Passage, dass es um „kommunale Schulen“ gehen wird und hier die Schulsozialarbeiter besonders hinschauen sollen und müssen. Die Verantwortung liegt immer zuerst an den Schulen, bei den Lehrern und den Schulleitern.

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, erklärte, dass sie dem geänderten Antrag so zustimmen könne und nach ihrer Kenntnis die Lehrer durchaus sehr engagiert sind, vor allem die Grundschullehrer.

An dieser Stelle erfolgte eine Pause von 5 Minuten.

Abstimmungsergebnis:

11 x Ja-Stimmen, 0 x Nein-Stimmen, 1 x Enthaltung

Einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. alle notwendigen Schritte einzuleiten, damit an den kommunalen Schulen der Stadt Halle sog. Freitische gem. § 72 a SchulG LSA eingerichtet und genutzt werden können,
2. sicherzustellen, dass ~~die Öffentlichkeit über die Möglichkeit einer Nutzung von Freitischen gem. § 72 a SchulG LSA informiert wird,~~ **ein öffentliches Wissen zur Möglichkeit des Freitischens hergestellt wird. Hierzu gehört gleichermaßen die Sensibilisierung der LehrerInnen und Schulleitungen für die Sicherstellung einer warmen Mittagsmalzeit als auch das Bereitstellen von Informationen für potentiell betroffene Eltern.**
3. ~~eine Verwaltungsrichtlinie zu erarbeiten,~~ **gemeinsam mit den Schulleitungen den Bedarf abzuschätzen und Regeln zur Umsetzung zu definieren,** die einen einheitlichen Umgang mit der Prüfung von Anträgen auf Zurverfügungstellung eines Freitisches ermöglichen. ~~insbesondere wann ein „besonderer Fall“ im Sinne des § 72 a S. 3 SchulG LSA vorliegt.~~

Zur besseren Lesbarkeit wird der Beschlusstext ohne Kennzeichnung der Änderungen nochmals aufgeführt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

4. alle notwendigen Schritte einzuleiten, damit an den kommunalen Schulen der Stadt Halle sog. Freitische gem. § 72 a SchulG LSA eingerichtet und genutzt werden können,
5. sicherzustellen, dass ein öffentliches Wissen zur Möglichkeit des Freitischens hergestellt wird. Hierzu gehört gleichermaßen die Sensibilisierung der LehrerInnen und Schulleitungen für die Sicherstellung einer warmen Mittagsmalzeit als auch das Bereitstellen von Informationen für potentiell betroffene Eltern.
6. gemeinsam mit den Schulleitungen den Bedarf abzuschätzen und Regeln zur Umsetzung zu definieren, die einen einheitlichen Umgang mit der Prüfung von Anträgen auf Zurverfügungstellung eines Freitisches ermöglichen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Bericht des Kinder- und Jugendrates**

Frau Windisch und Herr Klose, Kinder- und Jugendrat, gaben den Bericht. Dazu wurde auch der erstellte Film „homo rumtreibus“ vorgestellt. Dieser Film wurde in den Osterferien mit der Landesmedienanstalt Sachsen-Anhalt gemeinsam erstellt.

Sie verwiesen auch auf die Ideenkonferenz des Kinder- und Jugendrates, die im Jugendamt stattfinden wird und zu der ein Flyer als Tischinformation ausgeteilt worden ist. Auch wurde über die Aktion zur OB-Wahl 2012, gemeinsam mit „Youthpool“, informiert. Es wurde über die Ausstellung des Kinder- und Jugendrat im Flur des Ratshofes und über die Aktivitäten auf Facebook berichtet. Das bundesweite Netzwerktreffen von Youthbank hat 2012 in Halle stattgefunden, was bei vielen Teilnehmern zu einem Wandel der Ansicht über die Stadt Halle geführt hat.

Frau Brederlow, Beratendes Mitglied (Amtsleiterin Jugendamt) teilte mit, dass die Verwendungsnachweise für Kindertagesstätten der Jahre 2006/2007 extern geprüft werden. Bei einem Träger gibt es erheblichen Erläuterungsbedarf. Mit diesem Träger wird es ggf. eine gerichtliche Klärung geben. Das Ergebnis veranlasst uns, die Prüfung zu intensivieren und ggf. auch weitere Aufträge extern zu vergeben.

zu 8.2 **Abschlussbericht "Schnelle Logistik grenzenlos"** **Berichterstattung: Herr Rochau, Stabsstelle Wissenschaft und Arbeit**

Herr Rochau, Stadtverwaltung, Stabstelle Wissenschaft und Arbeit, stellte den Bericht mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

zu 8.3 **Vorstellung von Arbeitsprozessen und -ergebnissen des Lokalen Netzwerkes Kinderschutz der Stadt Halle (Saale) und der Bundeskinderschutzstatistik 2012 des Amtes für Kinder, Jugend und Familie am Beispielmonat März 2012** **Berichterstattung: Frau Hesselbach, Amt für Kinder, Jugend und Familie**

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, bat darum, das ausgeteilte Blatt als Datei geschickt zu bekommen. Auch sollte dieses interessante Thema beim nächsten Vortrag allein auf der Tagesordnung stehen und nicht als drittes Thema. Darunter leidet der Informationsgehalt.

Frau Brederlow, Amtsleiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, informierte über eine gerade stattgefundene Beratung, wie es weiter gehend soll mit dem Kinderschutz im Land. Auch unter Berücksichtigung der Thematik der Familienhebammen.

Die PowerPoint-Präsentation wird als Anhang dem Protokoll beigelegt.

zu 9 Themenspeicher

Frau Haupt, Ausschussvorsitzende, SPD, informierte kurz über die Themen für den Monat Juli.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle- NEUES FORUM, fragte, ob die HzE-Heim-Plätze so teuer sind, wie sie gehörte habe.

Frau Brederlow, Stadt Halle, Amtsleiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, erklärte ihr, dass die Stadt Halle die Plätze auch nehmen muss, obwohl diese womöglich teurer sind. Da das Angebot geringer als die Nachfrage ist, bestimmen die Anbieter momentan die Preise.

zu 11 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.08.14

Tobias Kogge
Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport,
Soziales und kulturelle Bildung

H. Haupt (Ausschussvorsitzende)

B. Werner (Protokollführer)